vinetur

Britisches Finanzministerium lehnt Mehrwertsteuersenkung für Gastgewerbe wegen jährlicher Kosten von 11 Mrd. £ ab

Die Minister erklärten, eine Senkung der Mehrwertsteuer von 20 % auf 10 % würde die öffentlichen Finanzen belasten – trotz parteiübergreifender Forderungen nach Entlastung angesichts steigender Kosten

Samstag, 14. November 2026



Das britische Finanzministerium hat Forderungen nach einer Senkung der Mehrwertsteuer für Gastgewerbebetriebe zurückgewiesen. Die Kosten für die öffentlichen Finanzen seien zu hoch, erklärte es, obwohl Abgeordnete mehrerer Parteien Entlastungen für Pubs, Restaurants und Hotels verlangten.

Bei einer Debatte in der Westminster Hall am Donnerstag, dem 12. November, erklärte James Murray, Finanzstaatssekretär im Finanzministerium, die Regierung sei sich bewusst, dass ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz den Betreibern helfen würde. Eine Änderung müsse jedoch an ihren Kosten und an den allgemeinen Haushaltszwängen gemessen werden.

Murray sagte den Abgeordneten, HM Revenue & Customs schätze, eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Beherbergungsleistungen sowie Speisen und Getränke von 20 % auf 10 % würde jährlich rund 11 Mrd. £ kosten. Eine Senkung auf 15 % würde demnach etwa 5 Mrd. £ pro Jahr kosten, ein Satz von 12,5 % rund 8 Mrd. £.

Die Regierung räume ein, dass betroffene Gastgewerbebetriebe von einem niedrigeren Satz profitieren würden, sagte er. Zugleich argumentierte Murray, die gesamtwirtschaftlichen Vorteile einer solchen Maßnahme würden den Verlust an Steuereinnahmen nur teilweise ausgleichen. Für den Staat bliebe damit eine hohe Nettobelastung.

Die Debatte spiegelte den wachsenden Druck von Abgeordneten wider, die darauf hinweisen, dass viele Gastgewerbebetriebe mit hohen Betriebskosten und ungleichen Wettbewerbsbedingungen zu kämpfen haben. Tonia Antoniazzi, Labour-Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Nordirland-Angelegenheiten sowie der All-Party Parliamentary Beer Group, forderte ein vierjähriges Pilotprojekt in Nordirland. Dabei sollte die Mehrwertsteuer auf Speisen ohne Alkohol und auf Beherbergungsleistungen auf 10 % sinken.

Antoniazzi argumentierte, die Unterschiede zwischen den Mehrwertsteuersätzen im Vereinigten Königreich und in der Republik Irland schadeten Betrieben im Grenzgebiet. Ihr Vorschlag war als gezielte Maßnahme und nicht als landesweite Senkung angelegt. Damit sollte geprüft werden, ob ein niedrigerer Satz die Wettbewerbsfähigkeit in einer Region verbessern könnte, in der Betreiber direkt mit Unternehmen jenseits der

irischen Grenze konkurrieren.

Andere Abgeordnete nutzten die Debatte, um zu argumentieren, dass kleinere Lokale gezieltere Unterstützung benötigten als große Ketten. Der Labour-Abgeordnete Brian Leishman sagte, unabhängige Pubs hätten Schwierigkeiten, mit größeren Betreibern zu konkurrieren, die über eine stärkere Einkaufsmacht verfügten und steigende Kosten besser auffangen könnten. Auch der Labour-Abgeordnete Dr. Simon Opher sprach sich für gezieltere Entlastungen kleinerer Gastgewerbebetriebe aus. Eine allgemeine Mehrwertsteuersenkung könnte seiner Aussage nach dazu führen, dass große Ketten überproportional profitierten.

Murray machte keine neuen Zusagen zur Mehrwertsteuer, verwies aber auf andere Maßnahmen, mit denen die Regierung die Branche unterstützen wolle. Pubs in England erhielten ab April 2027 eine Senkung der Gewerbeimmobiliensteuer um 20 %, sagte er. Zudem nannte er ein zweijähriges Einfrieren der Steuersätze für Einzelhandels-, Gastgewerbe- und Freizeitimmobilien in England auf realem Niveau sowie Änderungen bei den Schwellenwerten für die Entlastung kleiner Unternehmen von der Gewerbeimmobiliensteuer.

Nach Schätzung der Regierung werden durch die Änderungen der Schwellenwerte rund 70.000 weitere Unternehmen aus den Bereichen Einzelhandel, Gastgewerbe und Freizeit von der Gewerbeimmobiliensteuer befreit. Murray stellte diese Maßnahmen als kostengünstigere Möglichkeit dar, Betreiber zu unterstützen als eine allgemeine Mehrwertsteuersenkung.

Für die Getränkeindustrie bedeutet die Entscheidung, dass Pubs, Bars und Restaurants bei einem Großteil ihrer Speisen und ihrer nicht mit Beherbergung verbundenen Geschäftstätigkeit weiterhin der bisherigen Steuerbelastung unterliegen. Alkohol bleibt unterdessen von dem im Zuge der Debatte vorgeschlagenen Pilotprojekt für Nordirland ausgenommen. Das könnte die Margen von Lokalen weiter unter Druck setzen, die stark auf den Verkauf von Bier, Wein und Spirituosen angewiesen sind, und den Spielraum mancher Betreiber für Preissenkungen oder Wachstumsinvestitionen einschränken.

Die Debatte endete ohne weitere Zusage des Finanzministeriums, den Mehrwertsteuersatz für das Gastgewerbe erneut zu prüfen.